

VI. Welche post-neoliberale Welt?

Um von dem Weg abzukommen, der ins wahrscheinliche Chaos und in die mögliche Katastrophe führt, ist es unabdingbar, das Umschlagen der weltweiten öffentlichen Meinung zu ermöglichen. Die schwierigste zu erfüllende Aufgabe besteht darin, ein Bündel politischer, wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen vorzuschlagen, das es der größtmöglichen Zahl von Menschen, und vor allem den Ärmsten, ermöglicht zu ermessen, was sie bei einer neuen konvivialistischen Ausgangssituation (einem New Deal) nicht nur mittel- oder langfristig, sondern sofort zu gewinnen haben. Schon morgen. Auf diese Frage kann es keine absolut allgemeine Antwort geben. Zu viele Dinge hängen von dem spezifischen historischen, geografischen, kulturellen und politischen Kontext eines jeden Landes ab, ob auf regionaler, überregionaler oder übernationaler Ebene. Doch jede konkrete und praktische konvivialistische Politik muss notwendig Folgendes berücksichtigen:

- Das Gebot der Gerechtigkeit und des Kampfes gegen die Hybris, was bedeutet, die schwindelerregenden Ungleichheiten zu beseitigen, die zwischen den Reichsten und dem Rest der Bevölkerung seit den 1970er Jahren explosionsartig zugenommen haben, und zwar durch die gleichzeitige – je nach den lokalen Umständen mehr oder weniger schnelle – Einführung eines Mindesteinkommens einerseits und eines Höchsteinkommens bzw. -vermögens andererseits.
- Das Bestreben, die Territorien und Lokalitäten mit Leben zu füllen, folglich all das zu reterritorialisieren und zu relokalisieren, was die Globalisierung zu stark ausgegliedert hat. Gewiss kann es Konvivialismus nur in der Öffnung zu anderen geben (gemäß dem Prinzip der gemeinsamen Mensch-

heit), aber es bedarf auch einer hinreichend stabilen inneren Zusammengehörigkeit, damit er Quelle von Vertrauen und Wärme sein kann (gemäß dem Prinzip der gemeinsamen Sozialität).

- Die unbedingte Notwendigkeit, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen zu schützen (gemäß dem Prinzip der gemeinsamen Natürlichkeit). Die Antwort darauf darf nicht als zusätzliche Last gesehen werden, sondern im Gegenteil als großartige Gelegenheit, neue Lebensweisen zu erfinden, neue Quellen der Kreativität zu entdecken und den Territorien eine neue Dynamik zu verleihen.
- Die zwingende Pflicht, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und jedem Einzelnen (gemäß dem Prinzip der legitimen Individuation) eine anerkannte Funktion und Rolle in gesellschaftsdienlichen Tätigkeiten zu bieten. Die Entwicklung einer Politik der Reterritorialisierung und des Kampfs gegen die Zerstörung der Umwelt wird stark dazu beitragen. Doch diese Politik einer Umverteilung der Arbeitsplätze wird sich nur dann ausweiten und all ihre Wirkungen entfalten können, wenn sie mit Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitszeit und mit einer starken Förderung der zivilgesellschaftlich oder genossenschaftlich organisierten Wirtschaft einhergeht. Der Entwicklung dessen, was man heute die *Commons* nennt.
- Die Dringlichkeit (gemäß dem Prinzip des schöpferischen Konflikts), eine radikale Trennung zwischen solchen Anwendungen der künstlichen Intelligenz vorzunehmen, die zur Steigerung der Handlungsmacht aller beitragen, und solchen, die nur dazu dienen, das Allmachtverlangen und die Hybris einiger Weniger zu fördern.

Solche Ziele sind absolut erreichbar. Sie setzen den folgenden Maßnahmenkatalog voraus.

Allgemeine Maßnahmen. Hin zu mehr Gerechtigkeit

Eine konvivialistische Gesellschaft bekämpft übermäßige Ungleichheiten. Sie trägt zur Beseitigung von Steuerparadiesen bei, indem sie die Gründung von Briefkastenfirmen für illegal erklärt und streng bestraft. Sie setzt eine Obergrenze für Einkommen, die jemand für seine Arbeit im Vergleich zu den anderen Angestellten derselben Firma beziehen darf. Niemand kann legitimerweise beanspruchen, hundert Mal mehr (in Geld oder Aktien) zu verdienen, als der Geringstverdiener seines Unternehmens.

Zunächst einmal müsste ein Projekt konvivialistischer Politik mindestens, mutadis mutandis, und modellhaft, die drei Arten von Maßnahmen kombinieren, die 2019 von den wichtigsten Präsidentschaftsbewerbern der Demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten empfohlen wurden:

- Die Kapitalsteuer (aktuell bei 23,8 %) an die Lohnsteuer (37 %) angleichen und Einkommen von mehr als zehn Millionen Dollar mit 70 % zu besteuern (zur Erinnerung: 1944 lag der Grenzsteuersatz bei 94 % und noch 1965 bei 70 %); Vermögen von mehr als 50 Millionen Dollar mit 2 % zu besteuern (und von mehr als einer Milliarde mit 3 %); Erbschaften von mehr als 3,5 Millionen bis 10 Millionen Dollar mit 44 % und mit 77 % ab einer Milliarde zu besteuern. Die gleichzeitige Anwendung dieser drei auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft bezogenen Maßnahmen (die jeweils 16.000, 75.000 und 8.000 Haushalte betreffen), würde annähernd

4.000 Milliarden Dollar innerhalb von zehn Jahren einbringen.¹ Auf die Größenordnung eines Landes wie Frankreich übertragen, würde das unter ansonsten gleichen Bedingungen ein Zehntel dieser Summe, also 40 Milliarden Dollar pro Jahr darstellen.

- Am anderen Ende des Spektrums muss Armut für unzulässig erklärt werden. Die konvivialistische Gesellschaft führt ein universelles, einfaches und durchsichtiges Steuersystem ein, um automatisch jeden Monat eine Mindestkaufkraft von den wohlintegrierten auf die schwächsten Haushalte zu übertragen. Dieser Steuermechanismus – gemeinhin als universelles Grundeinkommen bezeichnet – muss so eingerichtet sein, dass er niemals ein Hindernis für die Teilnahme aller am wirtschaftlichen Leben, einschließlich einer bezahlten Arbeit, darstellt. Denn der konvivialistische Blick auf die Ärmsten ist einer der bedingungslosen Solidarität, verbunden mit einem offenen Ohr, um ihnen zuzuhören, und einer ausgestreckten Hand, um ihre spezifischen Beiträge in Empfang zu nehmen.
- Eine konvivialistische Gesellschaft kann nicht zulassen, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von jeder Beschäftigung ausgeschlossen ist, während der andere Teil einer ständigen Angst und Stress erzeugenden Mehrarbeit unterliegt. Das Recht auf Arbeit bei selbstgewählter Arbeitszeit, das jedem ermöglicht, über seine eigene Lebenszeit zu verfügen,

1 | Jedes Vorhaben zur Erhöhung der Einkommensteuer steht vor dem Problem, dass es mit einer wirksamen Kontrolle der Steuerflucht und der Abschaffung von Steuerparadiesen verbunden sein muss, weil es sonst vor allem den Letzteren zugutekommt und mit ihnen dem organisierten Verbrechen. Für Staaten, die sich als unfähig erweisen, Steuerflucht zu unterbinden, wäre es wahrscheinlich die beste Politik, die Einkommensteuer durch eine Vermögenssteuer (Besteuerung des Reinvermögens) zu ersetzen.

um sein persönliches Werk zu vollbringen, beinhaltet ein neues Verhältnis zur Zeit.

- Um den spekulativen Finanzkapitalismus zu bekämpfen, führt eine konvivialistische Gesellschaft eine obligatorische Mindesthaltedauer für Aktien ein, sodass die Kursgewinne umso höher besteuert werden, je schneller der Weiterverkauf erfolgt. Im Extremverfall veranlasst der Weiterverkauf innerhalb von 24 Stunden oder weniger eine systematische, 100 %ige Besteuerung des eventuell erzielten Veräußerungsgewinns. Das entmutigt vollständig die Hin- und Verkäufe ohne Investitionslogik bei den Unternehmensprojekten, die sich über den Aktienmarkt finanzieren.
- Eines der besten Mittel, um vor allem die Steuerflucht der multinationalen Konzerne zu bekämpfen, besteht darin, die Steuer auf ihren konsolidierten Gewinn im Verhältnis zu ihrem Umsatz in jedem Land zu erheben.
- Seit vierzig Jahren sind viele – eigentlich fast alle – Länder dem »Gesetz der Märkte« unterworfen, das sie in einen gefährlichen Teufelskreis gestürzt hat. Da ihre Staaten mehr ausgaben, als ihre Steuereinnahmen zuließen, mussten sie Kredite aufnehmen und sich drastischen Normen zur Senkung von Löhnen, Renten, Sozial- und Gesundheitsstandards beugen, was einen Rückgang der Steuereinnahmen und eine zunehmende Unfähigkeit zur Schuldentilgung nach sich zog. Um ihre Schulden zu begleichen, mussten sie sich immer weiter verschulden und immer mehr Zinsen zahlen, was das Problem nur verschlimmerte und die Reichen immer reicher machte. Angesichts dieser explosiven Situation ist es höchste Zeit, eine Schuldenstreichung in Betracht zu ziehen, beispielsweise nach dem Modell des Jubel- bzw.

Erlassjahres im antiken Judentum². Oder zumindest eine globale »Umschichtung« der Schulden zu organisieren, die es jedem Staat ermöglicht, die legitimen Schulden (solche, die nicht durch ein unfaires Kräfteverhältnis aufgezwungen wurden) im Verhältnis zum Wachstum seines BIP zurückzuzahlen.

Eine ökologisch verantwortliche Gesellschaft

Angesichts der Herausforderungen und Gefahren im Klima- und Energiebereich ist bis 2040 bis 2050 eine »dreifache Null«³ als Ziel anzuvisieren:

- Nullausstoß an Treibhausgasen (»Klimaneutralität«);
- Nullverbrauch an fossilen Energien (was einen Kohle-, Öl- und Erdgasanstieg voraussetzt);
- Nullanfall von hochgiftigem und riskantem Müll.⁴

2 | Alle sieben Mal sieben Jahre, d.h. nach fünfzig Jahren, musste veräußertes oder verpfändetes Land zurückgegeben, Schulden erlassen und Sklaven befreit werden.

3 | Ein solches Ziel mag sehr ambitioniert, ja utopisch erscheinen. Es stützt sich gleichwohl auf die präzisen und detaillierten Berechnungen der Vereinigung *négaWatt*, des in Frankreich, zumindest auf der Linken, anerkanntesten Expertengremiums.

4 | Die Mehrheit der Unterzeichner/innen dieses Manifestes befürwortet einen schnellen Ausstieg aus der Atomkraft, doch eine bedeutende Minderheit ist der Meinung, dass angesichts der Priorität, die dem Kampf gegen den Klimawandel einzuräumen ist und der technischen Komplexität des Energieproblems, die Debatte offen bleiben muss. Das Gleiche gilt für die Möglichkeiten, die sich aus dem Einsatz von Wasserstoff ergeben.

Aus diesem Grund ist es notwendig, die dem Erdrreich entnommenen Energien und Stoffe durch solche, die von der Sonne stammen, zu ersetzen. Die Sonnenenergie in all ihren Formen, den direkten (Photovoltaik, Wärmeenergie) wie den indirekten (Wind- und Wasserkraft, Biomasse), muss die fossilen (Kohle, Öl, Erdgas) und die radioaktiven (Uran) Extraktionsenergien ersetzen. Und die von der pflanzlichen Photosynthese geschaffene »Sonnenmaterie« (die nachwachsenden Rohstoffe) muss sowohl zur primären Ressource unserer Gebäude werden wie zu der einer Carbo-Biochemie, die bezüglich der Herstellung all unserer alltäglichen Gegenstände die heutige Petrochemie ersetzt.

Diese doppelte Ersetzung (Energie und Stoffe) des Erdrreichs durch die Sonne ist nur im Rahmen einer Energiepolitik erreichbar, die sich auf gewissenhafte Verwendung, Teilen und einen Kampf gegen die Verschwendung (Frugalität) gründet, sowie die Reduzierung von Verlusten auf allen Ebenen.

Eine ökologisch verantwortliche Gesellschaft ist unmöglich aufzubauen, ohne den Status von Unternehmen, ihren Aufgaben und ihrer Führung gründlich zu überdenken und neu zu gestalten. Es ist allerdings unerlässlich, eine bessere Aufteilung der Macht zwischen Angestellten und Aktionären zu etablieren. Aber das wird nicht ausreichen, um zu gewährleisten, dass die Unternehmen elementare Menschenrechte beachten, Ungleichheiten reduzieren, Umwelt und Biodiversität schützen, aktiv und solidarisch gegen die Gefahr des Klimawandels kämpfen. Man muss an die Wurzel gehen und das Gesellschaftsrecht verändern, das seit 200 Jahren die rechtliche Grundlage der Unternehmen darstellt. In den Vereinigten Staaten entstehen neue Firmentypen. Ein aktuelles französisches Gesetz zählt mittlerweile sogar die Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt zu den definitiven Merkmalen des Unternehmensmanagements. Es eröffnet den Unternehmen auch die Möglichkeit, sich jenseits der

Gewinnorientierung mit einem Sozial- und Umweltauftrag zu versehen, dessen Aufrichtigkeit und korrekte Durchführung der Staat kontrollieren soll. Bleibt dafür zu sorgen, dass solche Ausnahmen, die inzwischen möglich geworden sind, zur allgemeinen Norm werden.

Postwachstum und Entmarktlichung

Eine konvivialistische Gesellschaft wird zwangsläufig eine Postwachstumsgesellschaft sein. Das bedeutet, dass sie einen Wohlstand erstrebt, der nicht allein dem grenzenlosen Wachstum des BIP unterworfen ist. Der Schlüssel zu einem solchen wachstumsunabhängigen Wohlstand ist die *Entmarktlichung*. Unter Entmarktlichung sind alle Arten der besseren Befriedigung von Bedürfnissen mit weniger Waren und weniger Geld zu verstehen.

Viele Praktiken der jüngsten Zeit gehen in diese Richtung: solidarische Sozialwirtschaft, kollaborative Produktion (von Wikipedia bis zu den FabLabs), Plattformen für gemeinschaftlichen Tausch und Konsum (Tauschringe, Netzwerke für gegenseitigen Austausch, LETS usw.), Produkt-Dienstleistungssysteme (nach dem Velib-Modell), Kreislaufwirtschaft (Wiederverwendung, Recycling...). Alle diese Modelle beruhen auf neuen Kombinationen zwischen marktlichen und nicht-marktlichen bzw. nicht-monetären Ressourcen. Sie gehen in Richtung einer konvivialistischen Wirtschaft, wenn die nicht-monetäre die kommerzielle und monetäre Motivation überwiegt, wie im Fall des kostenlosen oder »Peer-to-Peer«-Austausches, der Eigenproduktion und der gemeinsamen Nutzung von Gütern, im Gegensatz zu dem, was uns Unternehmen wie Uber oder Airbnb vorschlagen, die unter dem Deckmantel der Sharing Economy nur Formen von Unentgeltlichkeit vorgaukeln, um besser ihre Profite steigern zu können.

Unter den zu fördernden Maßnahmen, um die Entmarktlichung zu erleichtern, seien zitiert:

- Die Verlängerung der Lebensdauer von Gütern durch Verbot geplanter Obsoleszenz und verpflichtende Einführung technischer Normen, die ihre Reparierbarkeit erleichtern.
- Die Reduzierung des Geldbedarfs von Haushalten, insbesondere Haushalten mit geringen Ressourcen, dank solcher Maßnahmen wie: die progressive Preisgestaltung für Wasser und Strom, der Aufbau kollektiver Verkehrs- und Dienstleistungssysteme, die ein Leben ohne Auto ermöglichen oder die Bildung von Fahrgemeinschaften erleichtern; die kostenlose Bereitstellung geeigneter Informationen über die realen Gebrauchskosten von Gütern und die Art, die eigenen Ausgaben zu senken usw.
- Die drastische Reduzierung von Werbung (mindestens das Verbot der aufdringlichsten Formen unverlangter Werbung an die eigene Adresse oder im Internet).
- Eine Politik der Arbeitszeitgestaltung/-verkürzung, um die Pluralisierung der Beschäftigungen zu erleichtern, deren ausdrückliches Ziel darin bestünde, den Menschen mehr Zeit zu geben, um sich am gesellschaftlichen Leben und der Herstellung unentgeltlicher Gemeingüter zu beteiligen.
- Eine systematische Ausrichtung der öffentlichen Vergabepolitik an Kriterien ökologischer und sozialer Innovation (Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards bei öffentlichen Ausschreibungen usw.).

Eine Strategie der Entmarktlichung hat zwangsläufig einen negativen Einfluss auf den gewerblichen Sektor und folglich auf die Steuereinnahmen und Handlungsmöglichkeiten des Staates. Es können diverse Strategien erkundet werden, um dieser Herausforderung zu begegnen. Eine der am häufigsten erwähn-

ten ist der Geldpluralismus – zum Beispiel in Form einer vom Staat ausgegebenen und nicht oder nur teilweise konvertierbaren Währung –, um grundlegende Güter und Dienstleistungen sowie den Handel auf lokaler Ebene zu finanzieren. Gemäß der systemischen Logik, die der Idee der Entmarktlichung zugrunde liegt, bestünde die kreativste Antwort allerdings darin, den staatlichen Sektor selbst zu demonetarisieren, indem man im großen Umfang die freiwillige Beteiligung der Bürger an der Gewährleistung öffentlicher Dienste und der Herstellung von Gemeingütern organisiert, was voraussetzt, innovative Formen der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Bevölkerung zu ersinnen. Die Einführung einer »Bürgerreserve« im Schulwesen zeigt beispielsweise, dass es sich dabei um keine Utopie handelt.

Deglobalisierung

Eine konvivialistische Postwachstumsgesellschaft wird zwangsläufig einen Deglobalisierungs- und Relokalisierungsprozess der Wirtschaften einleiten.

- Auf internationaler Ebene setzt die neoliberale Globalisierung Sozial- und Umweltsysteme zueinander in Konkurrenz, besonders im Bereich der Steuern und Menschenrechte, zugunsten einer gegenseitigen Unterbietung bei Steuern, Sozial- und Umweltstandards oder Schutz der Rechte. Konvivialistische Gesellschaften werden die von den multinationalen Konzernen aufgezwungenen Verträge zur Handelsliberalisierung aufkündigen und sie durch internationale Kooperationsvereinbarungen ersetzen.
- Solche Vereinbarungen, die durch ein *ökonomisches Subsidiaritätsprinzip* sowie ein Bewusstsein für die Umwelt inspiriert sind, sollten es allen Ländern ermöglichen, einen Großteil ihrer Bedürfnisse durch lokale Produkte zu befriedigen,

während heutzutage jedes die gleichen Güter produziert, exportiert und importiert, was das Volumen des Warentransports und ihren ökologischen Fußabdruck vergrößert. In Ermangelung einer vereinbarten Regulierung können *Steuern auf zurückgelegte Kilometer* für eine Reduzierung dieser »un-nützen« und ökologisch kostspieligen Ströme zwischen Industriestaaten sorgen.

- Auf der lokalen Ebene von Lebensgemeinschaften oder Arbeitsmarktregionen muss der Tauschhandel nicht unbedingt in einer internationalen, nicht einmal einer nationalen Währung abgewickelt werden. Er kann auch innerhalb *lokaler Tauschsysteme mit Komplementärwährungen* erfolgen. Es gibt zahlreiche derartige Experimente in Frankreich, Europa und der ganzen Welt. Sie ermöglichen, die Demokratie von unten neu zu beleben und Zusammenhalt und Gegenseitigkeit zu erzeugen.
- Gemäß eben dieser Logik der Relokalisierung ist es möglich und notwendig, eine *industrielle Basissouveränität* sowie die *Nahrungsmittelsouveränität* (zurück) zu erlangen. Eine Nahrungsmittelsouveränität, die beispielsweise nach dem französischen Vorbild der Verbände zur Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft (AMAP) organisiert werden kann, die einen direkten und dauerhaften Kontakt zwischen Verbrauchern und Gemüsebauern bzw. Viehzüchtern, aber auch Käsern, Bäckern und Obstbauern usw. herstellen.

In Europa hat sich im Vergleich zu anderen Regionen der Welt aufgrund der unbedachten Beschleunigung einer ökonomischen und monetären Integration, die von keiner politischen und sozialen Integration begleitet wurde, eine zusätzliche Schwäche herausgebildet. Diese Desynchronisierung führt dazu, dass sich viele Länder der europäischen Gemeinschaft im Zustand unerträglicher Ohnmacht und Not befinden. Für welche Lösung

man sich auch immer entscheidet, sie muss unbedingt das Ziel verfolgen, in der einen oder anderen Form monetäre, politische und soziale Souveränität wieder miteinander zu verbinden.

Die Hybris der Technowissenschaften beherrschen

Die amerikanische Gegenkultur der 1960er Jahre hegte die Hoffnung, dass wir mit dem PC die Möglichkeit hätten, den Zentralismus der Staatsgewalten zu vermeiden und eine aufgeklärte Kommunikation zwischen befreiten Gemeinden herzustellen. Dass wir dank seiner die Werte der Konvivialität verwirklichen würden, in Opposition zur Welt des ungebremsten Konsums. Doch die Technikutopien haben die Seite gewechselt. Sie sind von der Industrie und Finanzwelt in Beschlag genommen worden. Die Träume der Visionäre, die in Hippiekommunen oder ihrem Umfeld aufgewachsen sind, haben sich längst ausgelebt. Die Megamaschinen haben die Macht ergriffen und die digitale Welt ist zum Monopol der kalifornischen oder chinesischen Webgiganten geworden. Sie haben die Vorstellungswelten kolonisiert und tragen heute dazu bei, transhumanistische Fantasmen als glaubwürdig erscheinen zu lassen. Die künstliche Intelligenz ist so zum Wahrzeichen einer Gesellschaft geworden, deren Abläufe gänzlich durch Algorithmen gesteuert würden und die die Freiheitsrechte unter dem Vorwand unterdrücken würde, für Sicherheit zu sorgen oder das biologische Überleben ins Unendliche zu verlängern. Von den Werten der Konvivialität ist im Universum der Technowissenschaften fast nichts übriggeblieben. Der Mensch wird von den Technikutopien so wenig berücksichtigt, dass sein baldiges Überflüssigwerden in Aussicht gestellt wird: überflüssig in der Arbeitswelt, wo die meisten Tätigkeiten bald automatisiert oder von Robotern ausgeführt

werden; überflüssig im gesellschaftlichen Leben, dessen Kontrolle alle emanzipatorischen Initiativen ausschalten wird; überflüssig in der medizinischen Zukunftsforschung, die sich bereits das Ideal eines verbesserten (ja posthumanistischen) Menschen aufdrängen lässt; überflüssig in der Sphäre des Rechts, die inzwischen versucht, die Rechtspersönlichkeit mit sogenannten »intelligenten« Maschinen in Einklang zu bringen.

Es ist dringend geboten, zu widerstehen und zu verstehen. Zu widerstehen: der Technikbegeisterung, der Faszination für das Neue, den vermeintlichen Erleichterungen einer verflüssigten Gesellschaft. Zu verstehen: die Logik der Instrumente, die man uns als unverzichtbar präsentiert – die man unter dem Akronym NBIC⁵ zusammenfasst und als verbindliche Roadmap moderner Forschungsstrategien darstellt. Zu verstehen auch: die Ambivalenz der Biotechnologien, die das Zeitalter der vollkommenen Gesundheit (ja der Unsterblichkeit) ankündigen sowie das der Verschmelzung von Mensch und Roboter (Cyborg). Die »Molekularschere« CRISPR-Cas9 enthüllt diese Ambivalenz: Sie lockt mit der Aussicht auf Gentherapien (die »Reparatur«) und initiiert zugleich eugenische Unternehmungen (die »Verbesserung«). Ziehen die Chinesen nicht bereits jetzt in Erwägung, mit ihrer Hilfe die für die höchsten Intelligenzquotienten verantwortlichen Gene zu identifizieren, um sie zu kopieren und in Keimzellen oder Embryonen zu verpflanzen, aus denen dann Populationen von Hochbegabten entstehen? Der Konvivialismus kann das Ausmaß moralischer Verwirrung und Entfremdung, das als Hypothek auf den heutigen Wissenschaften und Techniken lastet, kaum unterschätzen: Instrumentalisierung und Kommerzialisierung der Körper, Kontrolle und Reduzie-

5 | Es steht für ein interdisziplinäres Forschungsfeld, das am Schnittpunkt von Nanotechnologien (N), Biotechnologien (B), Informationstechnologien (I) und Kognitionswissenschaften (C) angesiedelt ist.

rung des Verhaltens auf die für Maschinen erkennbaren Elementarformen, Verengung der Privatsphäre... Sie bringen uns unbestreitbar viele unmittelbare Erleichterungen, doch die Gesamtheit dieser Erleichterungen entwirft einen Typus von Gesellschaft, den wir nicht wollen. Es ist somit dringend geboten, die Gemeinwohlsentscheidungen zu kontrollieren und sie der Macht dieser Ingenieure, Ärzte, Juristen oder Politiker/innen zu entziehen, die beanspruchen, eine Zukunft vorzubereiten, die kein menschliches Aussehen mehr haben wird. Diese Kontrolle erfordert deliberative Instanzen, die mit der Macht ausgestattet sind, im Vorfeld der Planung technowissenschaftlicher Forschungen zu intervenieren, die in der Lage sind, Informationen und öffentliche Debatten einzufordern und zu strukturieren, und zu dem Zweck gegründet werden, mit beratenden Gremien zu interagieren. Diese Instanzen entstehen, indem die Bürger/innen sich das Wissen und die Voraussetzungen zur ethischen Beurteilung von Innovationen aneignen, die sich am Bemühen um ein gutes Leben orientieren und nicht mehr daran, Finanz- und Industriekreise reicher zu machen.